

Carola Sonnet

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt in Venezuela

vom 09. Oktober bis 21. November 2010

Ölstaat Venezuela: Warum nicht alle Venezolaner vom Ölreichtum ihres Landes profitieren

Von Carola Sonnet

Venezuela, vom 09. Oktober bis 21. November 2010



Inhalt

1. Zur Autorin	552
2. Einleitung	552
3. Die Holländische Krankheit	554
3.1 Ursprung	554
3.2 Wirtschaftliche Problematik	554
3.3 Beispiel Venezuela	555
4. Auswirkungen	557
4.1 Inflation und fester Wechselkurs	557
4.2 Lebensmittelknappheit und steigende Preise	559
4.3 Verstaatlichungen	560
5. Sozialpolitik	561
5.1 Finanzierung aus den Öleinnahmen	561
5.2 Misiones	562
5.3 Sozialpolitik im Wahlkampf	564
6. Beispielfall des Staates Zulia	565
6.1 Die Hauptstadt Maracaibo als Ursprung des Ölbooms	565
6.2 Costa Oriente del Lago	565
6.3 Veränderungen der Einflusststrukturen	567
7. Gesellschaftliche Auswirkungen	568

7.1	Mentalität	568
7.2	Steigende Kriminalität	570
7.3	Neues Machtgefüge	571
8.	Alternativen	573
8.1	Norwegen als funktionierende Ölökonomie	573
8.2	Diversifizierung der Wirtschaft	574
9.	Fazit	575
	Nachwort	577

Venezuela ist schon lange kein Entwicklungsland mehr und trotzdem stellt sich angesichts der starken Inflation, der hohen Armutsrate, Stromausfällen, knappen Lebensmitteln und wachsender Kriminalität die Realität anders dar, als man es in einem so reichen Land vermuten könnte. Als einer der größten Ölexporture weltweit mit einigen der umfangreichsten Ölreserven, die noch unter der Erde auf ihre Förderung warten, könnte die Wirtschaft florieren. Doch sie tut es nicht. Der folgende Recherchebericht ist ein Erklärungsversuch, warum das so ist und was das für die Venezolaner im Alltag bedeutet.

1. Zur Autorin

Studium der Volkswirtschaftslehre und Politik an der Universität Köln, parallele Ausbildung zur Fachjournalistin für Politik und Wirtschaft an der Kölner Journalistenschule. Auslandssemester an der Pontificia Universidad Católica in Santiago de Chile. Praktika u. a. bei Zeit-Online, der Frankfurter Rundschau und dem Westdeutschen Rundfunk (Fernsehen). Freie Autorin für den WDR während des Studiums, anschließend Redakteurin beim Handelsblatt und in der Wirtschaftsredaktion der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.

2. Einleitung

Breit und träge fließt der Rio Orinoco durch den venezolanischen Osten. Es ist der größte Fluss des Landes und der zweitgrößte Fluss des Kontinents. In seinem Delta, das doppelt so groß ist wie Belgien, verzweigt sich das braune Wasser in zahlreichen Armen und Nebenarmen bis zum Meer. Das Orinoco-Delta ist ein Naturparadies: Seltene Vogelarten, Kaimane, Piranhas, Flussdelfine haben hier ihr zuhause. Gleichzeitig birgt das Gebiet einige der größten Ölreserven der Welt.

Hier in der Erde brodeln die Zukunft Venezuelas – zumindest die Zukunft der nächsten einhundert Jahre. Sofern sich nicht die Technik der erneuerbaren Energien so rasant weiterentwickelt, dass schon vorher das Ende des Ölzeitalters verkündet wird. Bis dahin aber werden viele Länder von den reichhaltigen Bodenschätzen Venezuelas profitieren.

Wer das sein wird, entscheidet hauptsächlich der Präsident des Landes. So wie sich die geopolitischen Interessen des Staatsoberhauptes Hugo Chavez in Richtung Osten entwickelt haben – weg vom größten Ölabnehmer und Handelspartner USA hin zu Russland und China – so verschiebt sich auch die

Struktur der Ölindustrie im Land selbst nach Osten: Aus dem Staat Zulia, wo nach wie vor rund um dessen Hauptstadt Maracaibo und aus dem Maracaibo-See 60 Prozent des Öls Venezuelas gefördert werden, hin zum Orinoco-Delta, wo jetzt schon zahlreiche transnationale Konzerne das schwarze Gold suchen und finden. 31 Ölfirmen aus über 20 Ländern sind im Orinoco-Delta aktiv. Aber nur unter der Voraussetzung, dass sie den venezolanischen Staat angemessen an der Förderung beteiligen.

Venezuela ist einer der größten Ölproduzenten der Welt (nach Russland, Saudi-Arabien, den USA, Iran, China, Kanada, Mexiko, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Brasilien und Kuwait). Etwa 2,5 Mio. Barrel¹ (400 Mio. Liter) pro Tag fördert der Karibikstaat. Bis 2013 soll die Fördermenge auf 4 Mio. Barrel pro Tag steigen, davon werden dann voraussichtlich 3 Mio. im Orinoco-Becken und nur noch 1 Mio. Barrel in Zulia gefördert.

Der Ölpreis steigt und liegt mittlerweile bei knapp 100 Dollar pro Barrel. Die Organisation Erdölexportierender Länder OPEC hat angekündigt, den Preis im Jahr 2011 zwischen 80 und 100 Dollar halten zu wollen, Venezuela ist eines der Gründungsmitglieder des Zusammenschlusses. Es gibt gute Gründe, optimistisch zu sein: Der Winter und die Heizsaison stehen bevor, der Dollar ist schwach und in vielen Ländern verbessert sich die konjunkturelle Lage langsam.

Ein Land mit bald 100 Jahren Erfahrung in der Ölindustrie – und noch so viel mehr Potenzial aufgrund der neuen Fundstellen – könnte reich sein. Es ist auch heute ein sehr viel reicheres Land als vor Beginn der Förderung. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war Venezuela ein Agrarstaat. Doch ein großer Teil der Bevölkerung lebt noch heute in Armut, die Nettolöhne sind 2009 gesunken, das Land wurde am schwersten von allen auf dem südamerikanischen Kontinent von der Wirtschaftskrise getroffen und ist die einzige der großen Volkswirtschaften, die sie noch nicht überwunden hat. Das Bruttoinlandsprodukt sank 2010 um knapp zwei Prozent.

Es ist nicht bloß ein venezolanisches Phänomen: Nur die wenigsten Länder, die über große Mengen an Bodenschätzen verfügen, schaffen es auch, den Lebensstandard ihrer Bevölkerung dauerhaft zu verbessern und zu sichern. Im Gegenteil: Oft leiden die Wirtschaft und andere Industriezweige sogar unter der Stärke der Ölindustrie. Es ist ein paradoxes ökonomisches Phänomen, das lange Zeit als venezolanischer Effekt beschrieben wurde und heute eher unter dem Namen „Holländische Krankheit“ bekannt ist.

Im folgenden Kapitel soll genauer erklärt werden, wie dieser venezolanische Effekt bzw. die holländische Krankheit entsteht und warum Vene-

¹ 1 Barrel = 159 Liter

zuela noch oder gerade heute ein sehr gutes Beispiel ist, um diese Problematik zu beobachten.

3. Die Holländische Krankheit

3.1 Ursprung

Das Phänomen, das heute als holländische Krankheit beschrieben wird, hat seinen Ursprung in Venezuela und wurde lange als der venezolanische Effekt bezeichnet. Erst als vor der holländischen Küste in den sechziger Jahren Erdgasvorkommen entdeckt und gefördert wurden, entstand die Problematik auch im deutschen Nachbarland und wird seitdem genauer erforscht. Entscheidend für den Ausbruch dieser Krankheit ist der starke Einfluss, den eine plötzliche großangelegte Förderung und der Verkauf von Bodenschätzen ins Ausland auf den Wert der Währung haben.

Der Wechselkurs für eine Währung bildet sich anhand des Wertes eines Landes geteilt durch die Menge der sich im Umlauf befindlichen Währung, also zum Beispiel Gulden oder Dollar. Verkauft ein Land nun große Mengen eines Rohstoffs ins Ausland, steigt die Menge der Gulden oder Dollar, die sich im Umlauf befinden und der Wert des Landes. Damit steigt auch der Wechselkurs. Zwar steigt damit dann die Kaufkraft eines Landes, es kann sich mehr Güter leisten. Doch die Wettbewerbsfähigkeit sinkt.

Denn wenn das Einkommen und der Wechselkurs eines Landes gleichzeitig steigen, wie es in Holland der Fall war, verlangsamt sich das Wirtschaftswachstum. Fund, Förderung und Verkauf des Erdgases führten zu einer Wirtschaftskrise.

3.2 Wirtschaftliche Problematik

Warum aber kommt es zu Wirtschaftskrisen, wenn doch eigentlich zwei positive Phänomene wie der Anstieg des Wechselkurses und der Anstieg des Einkommens eines Landes zusammenfallen? Im Detail sieht die wirtschaftliche Problematik so aus: Weil der Staat viel Erdöl ins Ausland verkauft, wird die inländische Wirtschaft mit Devisen aus anderen Ländern geradezu überschwemmt. Wenn das ausländische Geld in großen Mengen umgetauscht wird, wertet das die gesamte inländische Währung auf. Im Fall Venezuelas wird der Bolivar Fuerte teurer. Je teurer die eigene Währung ist, desto teurer werden die Exporte. Darunter leiden Industriezweige, die handelbare Güter, wie Lebensmittel oder Textilien produzieren. Es lohnt sich für die Bauern zum Beispiel kaum noch selbst Obst anzubauen, da sie mit

den billigeren Konkurrenzprodukten aus Kolumbien oder Argentinien nicht mehr mithalten können. Denn Importe werden immer billiger, je teurer die eigene Währung ist.

Im Supermarkt in Chacao, einem der besseren Wohnviertel von Caracas, kann ein Obsteinkauf so viel kosten wie in Deutschland. Und das, obwohl die Wassermelonen, Mangos und Bananen alle hier wachsen. Die Regale reichen fast bis unter die Decke, sie sind voll mit Waren, die man in anderen Märkten gar nicht mehr bekommt. Doch alles hat seinen hohen Preis. Der Durchschnittslohn eines Venezolaners lag 2008 bei 540 US-Dollar im Monat, verglichen mit den 2.300 Euro, die ein Durchschnittsdeutscher im Monat 2009 verdiente. Kein Wunder also, dass die sozialistische Argumentation der überbewerteten Kapitalistenpreise bei den Menschen gut ankommt.

Hinzu kommt, dass der stark gestiegene Wert der Währung, die sich im Land im Umlauf befindet, keinen entsprechenden Gegenwert in realen Gütern mehr hat, die im Land produziert werden. Das führt zu Inflation.

Der einzige Export, der sich so richtig lohnt ist der des Rohstoffs, der im eigenen Land in großen Mengen abgebaut werden kann, im venezolanischen Fall das Erdöl. Das wird in so großem Umfang exportiert, dass ein Außenhandelsüberschuss entsteht, der die Währung weiter aufwertet. Ein Außenhandelsüberschuss, das heißt es werden mehr Güter exportiert als importiert, steht zwar normalerweise für eine bessere Wettbewerbsfähigkeit. In Venezuela entstehen jedoch durch den Ölexport so viele Nachteile für andere Wirtschaftszweige, dass es dem Land eigentlich nur so lange besser geht, wie der Ölpreis auf dem Weltmarkt hoch genug ist.

Die Ölförderunternehmen brauchen auch nicht besonders viele Arbeiter, das heißt, es entstehen nicht viele Arbeitsplätze im eigenen Land und große Konzerne aus dem Ausland verdienen mit an dem Rohstoff, den sie aufkaufen.

Alle anderen Exporte werden immer teurer, weil die Produktion im eigenen Land durch die überbewertete Währung teurer ist als sie sein könnte. So schrumpft die inländische Produktion zunehmend, Arbeitslosigkeit entsteht und das Land wird zunehmend abhängiger vom Ausland und vom weltweiten Ölpreis. Wenn der Ölpreis schwankt, schwankt die ganze Volkswirtschaft gleich mit.

3.3 Beispiel Venezuela

„Venezuela leidet seit den siebziger Jahren an der holländischen Krankheit“ meint der Ökonom und Kolumnist Luis Xavier Grisanti, Präsident des Verbandes der Ölonternehmer Venezuelas (Asociación Venezolana de los

Hidrocarburos, AVHI). Er sitzt an seinem riesigen Massivholz-Schreibtisch mit Blick auf die Skyline vor den Berggipfeln von Caracas. Gerade fliegt eine Cessna vorbei, um auf dem Stadtflughafen ein paar Kilometer weiter zu landen. Grisanti hat früher für die Petroleros de Venezuela S.A. (PdVSA) gearbeitet, das größte Unternehmen des Landes, der inzwischen wieder verstaatlichte Ölkonzern. Aus den Einnahmen der PdVSA wird heute ein Großteil des Haushaltsbudgets und vor allem der größte Teil der Sozialprogramme finanziert.

Grisanti arbeitet schon lange nicht mehr für PdVSA, aber er beobachtet die Marktentwicklungen noch immer sehr genau. Als Präsident der privaten Ölunternehmer hat er auch viel Zeit dazu, denn wichtige Geschäfte, um die er sich kümmern könnte, können die Unternehmen nicht mehr machen, seit die Regierung hauptsächlich über die Öleinnahmen waltet und zahlreiche Unternehmen verstaatlicht hat.

Er erzählt von Alberto Adriani und Arturo Uslar Pietri, die schon in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Probleme der holländischen Krankheit auf Venezuela zukommen sahen und davor warnten, die Volkswirtschaft zu einseitig zu entwickeln. Adriani und Pietri waren einflussreiche Männer: Adriani wurde 1936 zum Landwirtschaftsminister und kurze Zeit später zum Finanzminister ernannt. In seiner sehr kurzen Amtszeit setzte er mehrere weitreichende Beschlüsse um, starb jedoch bereits im August 1936 mit nur 38 Jahren. Pietri, der bis 2001 lebte, war Autor, Diplomat und Politiker und veröffentlichte im selben Jahr, in dem Adriani starb, einen Artikel mit der Überschrift „Sembrar el petróleo“. Dieser Begriff, der so viel bedeutet wie „Öl säen (oder pflanzen)“, prägt bis heute die Debatte über die Verwendung der Einnahmen aus dem Erdölverkauf. Denn er warnte, wie auch Adriani, davor, die Einnahmen hauptsächlich zu Konsumzwecken zu verwenden und darüber die Stärkung weiterer Wirtschaftszweige zu vernachlässigen. Sie forderten schon damals Investitionen in nachhaltiges Wachstum. Die beiden werden heute von Wirtschaftswissenschaftlern für ihre Weitsicht bewundert, befolgt wurden ihre Ratschläge jedoch nicht. Immer wenn jemand die Notwendigkeit für eine andere Wirtschaftspolitik erkannt hatte, stieg der Ölpreis wieder und die Bemühungen waren dahin.

Seit 1998 sei der Anteil an Gütern, die nichts mit der Ölindustrie zu tun haben und exportiert werden, stark gesunken, nun sei man fast ausschließlich auf das Öl und seinen Weltmarktpreis angewiesen. Auch die Anzahl der Handwerksbetriebe sei stark rückläufig.

Grisanti weist auf eine Aussage des Ex-Präsidenten Carlos Andrés Pérez von 1974 hin, die noch heute die Einstellung des Staates gegenüber seinen Bürgern ausdrücken würde und die auch in anderen Zusammenhängen der Sozialpolitik in Entwicklungsländern oft strapaziert wurde: „Bringt den Ar-

men nicht das Fischen bei, gebt ihnen einfach den Fisch.“ Doch mit dem Bewusstsein, dass die Menschen auch ohne viel zu arbeiten genug zum Leben und Essen vom Staat erhalten, wachsen die Staatsausgaben, die nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden. Und die Venezolaner haben sich an einen Staat, der für sie sorgt, gewöhnt.

Conrad von Müller-Klingspor, der in Caracas für das private japanische Ölunternehmen INPEX arbeitet, drückt das Problem so aus: „Alle Regierungen sind bisher durch den Überfluss an Geld aus den Öleinnahmen in einen Ausgabenrausch verfallen.“ Und obwohl so viel Geld im Land in Umlauf wäre, würde sich das Angebot an Waren und Dienstleistungen jede Woche weiter verschlechtern.

Die venezolanische Zentralbank hat für 2009 das Bruttoinlandsprodukt offiziell mit 700,2 Milliarden Bolivar Fuerte angegeben, es ist damit gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken, um 1,9 Prozent. Die offiziellen Schulden, die Venezuela im Ausland hat, belaufen sich auf 60 Milliarden Dollar. Je nachdem welchen Wechselkurs man zugrunde legt, lässt sich daraus die Schuldenquote errechnen. Da aber die Wechselkurse bis Ende des Jahres 2010 zwischen dem offiziellen Wert von 2,15 und 4,3 Bolivar pro Dollar und dem inoffiziellen Kurs zwischen 8 und 10 Bolivar pro Dollar schwankten, ergaben sich aus dieser Berechnung erheblich unterschiedliche Werte: Die Schuldenquote lag demnach zwischen 20 und 70 Prozent des BIP, je nachdem wer sie berechnete und welcher Kurs der Berechnung zugrunde gelegt wurde.

Im Januar 2011 vereinigte die Regierung die beiden offiziellen Wechselkurse wieder zu einem einzigen, um ihre Verschuldung künstlich zu reduzieren. Das hilft vor allem dem Ölkonzern PdVSA, der nun für jeden eingenommenen Dollar über mehr Bolivar Fuerte verfügen kann.

Nach wie vor nicht in die Berechnungen mit einkalkuliert sind jedoch die indirekten Schulden, die durch Verstaatlichungen und Enteignungen von Unternehmern und Immobilienbesitzern entstanden sind. Dabei wäre es durchaus legitim, noch ausstehende Entschädigungszahlungen mit zu berechnen. Es sei denn, man hätte ohnehin nicht vor, sie jemals an die Unternehmer auszuzahlen.

4. Auswirkungen

4.1 Inflation und fester Wechselkurs

Menschen stehen eng hintereinander in der prallen Mittagshitze in der Schlange vor der Bank am Plaza Castellana, mitten in Caracas, es sind mindestens 50. Einige fächeln sich mit der Zeitung ein bisschen heiße Luft zu,

andere unterhalten sich, man kennt sich, denn man trifft sich hier regelmäßig. Sobald die Löhne ausgezahlt und auf dem Konto gelandet sind, gehen die Venezolaner zur Bank und heben ihr Geld ab. Am 15. und am 30. jedes Monats sind die Schlangen besonders lang. Da kann es dann auch schon mal passieren, dass der Automat, für den sie so lange angestanden haben, leer ist, wenn sie endlich an der Reihe sind. Oder nur einen Bruchteil des Geldes auszahlt, den sie gerne hätten. Und trotzdem ist vor jedem Bankautomaten immer eine kleine Schlange, denn Geld auf der Bank verliert so schnell an Wert, dass die Menschen lieber die lange Warterei in Kauf nehmen.

Die Inflation ist ein großes Problem für die Venezolaner und die Wirtschaft. Sie lag schon 2009 bei über 25 Prozent und auch 2010 ging mit einer sehr hohen Rate von 27,2 Prozent zu Ende, wie die Venezolanische Zentralbank im Januar 2011 mitteilte. Damit hat das Land eine der höchsten Inflationsraten weltweit. Gehaltszulagen können eine solche Inflation schon gar nicht mehr ausgleichen.

Noch ernster ist aber der von der Regierung fixierte Wechselkurs für den Bolivar. Weil sich dieser nicht an die internationalen Marktentwicklungen anpassen kann, trägt er zu einer ständigen Überbewertung der Währung bei, die langfristig für die gesamte Wirtschaft sehr gefährlich ist.

Denn was passiert in einer Wirtschaft mit einer Währung, die dauerhaft überbewertet ist? Sie wird immer abhängiger von Importen. Wird ein Produkt, beispielsweise ein Hemd, zu den gleichen Kosten in Venezuela selbst und in Kolumbien produziert, muss man dafür in Venezuela mehr Geld zahlen, wenn die Währung überbewertet ist. Dasselbe gilt für venezolanischen Wein. Auch der kann selbst auf dem heimischen Markt nicht mehr mit dem Wein aus Chile konkurrieren. Denn dieser ist trotz der Kosten, die für den Transport von Importen hinzukommt und trotz der höheren Qualität in Venezuela billiger als der aus dem eigenen Land.

2003 wurden die festen Wechselkurse nach dem Generalstreik von 2002 eingeführt, bei dem Präsident Chavez gestürzt werden sollte. Von da an übernahm die Regierung die Kontrolle über die Mengen, die an ausländischer Währung im Umlauf waren, es konnte nicht mehr jeder so viele Euro oder Dollar gegen Bolivar tauschen, wie er wollte. Das Verbot führte aber vor allem zu einem bis heute bestehenden Schwarzmarkt.

Am Flughafen in Caracas blüht er besonders prächtig. Hier werden Reisende bereits nach der Ankunft – noch während sie am Gepäckband stehen und auf ihren Koffer warten – angesprochen, ob sie Geld tauschen wollen. Illegal versteht sich, zu einem besseren Kurs als er in den offiziellen Wechselstuben ausgeschrieben ist. Die Männer tragen Uniformen, um ihren Hals baumeln offiziell aussehende Ausweise. Doch ohne mit der Wimper zu zucken erledigen sie ihre Schwarzmarktgeschäfte gleich hier, vor den Augen

der Sicherheitsbeamten und der Polizei. Es ist ein Geben und Nehmen: Wer nichts sieht, verdient ein bisschen mit.

Also kann es sein, dass sich die Touristen, zehn Minuten nachdem sie eingereist sind, statt im offiziellen Wechselbüro auf dem Beifahrersitz eines Taxis wiederfinden, neben ihnen ein Taxifahrer, der mit dem Geldtauscher zusammenarbeitet, auf der Rückbank der Uniformierte. Er zieht ein dickes Bündel Geldscheine aus der Tasche, alles 100er-Scheine Bolivar, er bietet einen Tauschkurs von 1:8 im Gegensatz zu dem offiziellen 1:5-Kurs. Die Touristen wissen ja noch nicht, dass sie in der Hauptstadt zu einem Kurs von 1:10 wechseln können. So sichert sich der Uniformierte ein paar Dollar- oder Euroscheine und kann diese sicheren Währungen sparen, statt die Landeswährung zu horten, die jeden Tag an Wert verliert.

Die Wechselkursgeschäfte, also zum Beispiel Dollar zu einem niedrigen offiziellen Kurs reguliert anzukaufen und unreguliert auf dem Schwarzmarkt zu einem viel höheren Kurs wieder zu verkaufen, haben manche Venezolaner reich gemacht. Sie sitzen mit ihren Blackberries zuhause auf der Couch und transferieren den ganzen Tag Geld hin und her. Der größte Teil der Bevölkerung hat aber eher Nachteile von dieser Art der Geldpolitik, denn sie macht Unternehmen die Geschäfte im Land schwerer. Sie stehen unter ständiger Beobachtung der Regierung und können nicht vom besseren Schwarzmarktkurs profitieren. Also verlassen sie Venezuela, wenn sich die Geschäfte nicht mehr lohnen, oder investieren weniger, was der Wirtschaft insgesamt schadet und somit auch den Venezolanern wenig nützt.

4.2 Lebensmittelknappheit und steigende Preise

„Hecho en Venezuela“, hergestellt in Venezuela, steht in weißer Schrift auf einem roten Herz, das auf die Packungen der Produkte aus den sozialistischen Fabriken gedruckt wird. Stolz prangt es auch auf großen Werbebannern, mit denen die Städte geschmückt sind. „Los Andes“ ist eine dieser Staatsmarken, die ein Herz als Logo haben. Hier sind die Herzen auf die Milchpackungen gedruckt. Doch oft ist das Regal im Supermarkt, in dem Platz für diese Milchtüten wäre, leer. Sogar in der Hauptstadt Caracas, wo der allergrößte Teil der Bevölkerung des Landes inzwischen lebt. Dann versuchen alle an Milchpulver zu kommen und wer hört, wo es welches gibt, sagt es der Familie und Freunden weiter, schreibt eine Rundmail. So entstehen selbst an brüllend heißen Nachmittagen mitten in der Innenstadt schnell lange Schlangen vor den wenigen Geschäften, die sich dazu durchringen, ihre Vorräte nicht zu horten, bis die Preise wieder steigen.

Die Lebensmittelknappheit ist ein weiteres, sehr paradoxes Phänomen in einem landwirtschaftlich potenziell so reichen Land wie Venezuela. Das Klima würde mindestens zweimal im Jahr eine Ernte erlauben, so viel scheint die Sonne und regnet es. Doch für viele Landwirte lohnt es sich überhaupt nicht mehr, die schwere Arbeit selbst zu erledigen. Große Landwirtschaftsbetriebe wurden verstaatlicht, die Landwirte erhalten einen Ausgleich für ihre verlorenen Einnahmen, wenn sie Glück haben. Ein großer Teil der drei Millionen Hektar verstaatlichten Flächen, auf denen früher angebaut wurde, liegt nun brach. Venezuela war lange Zeit bekannt für seinen Kaffee und den Kakao. Oftmals haben aber nur die ganz kleinen Betriebe die Verstaatlichungswellen überlebt.

Weil aber insgesamt die Abhängigkeit vom Ausland wächst, steigen auch die Preise. Die Lebensmittel werden oft nur schleppend über das Land verteilt und manche Container aus Argentinien stehen wochenlang am Hafen, die Waren modern vor sich hin, während es an anderer Stelle des Landes an bestimmten Lebensmitteln fehlt.

In den staatlich subventionierten Supermärkten Mercal riecht es immer ein bisschen nach Fisch oder Fleisch aus den Tiefkühltruhen, in denen aber nur eine lauwarmer Temperatur gehalten wird. Ein einsamer Fisch dümpelt auf dem trockenen weißen Plastikgitter in der Truhe in seiner Plastiktüte vor sich hin. Er sieht nicht aus, als würde er heute noch in einer Pfanne landen.

In den Mercal-Märkten halten staatliche Subventionen die Preise dauerhaft niedriger als in den normalen Supermärkten. Wenn die Nahrungsmittel billig importiert werden können, profitiert davon vor allem die untere Bevölkerungsschicht, die hier einkauft. An den Regalen hängen Schilder auf denen der „sozialistische“ Preis steht, darunter der „kapitalistische“ oder „spekulativer“ Preis, den die Kunden in anderen Ländern (oder anderen Supermärkten) zahlen müssten. Ganz unten auf dem Schild können die Mercal-Kunden dann ablesen, wie viel Prozent sie so beim Einkauf im Staatssupermarkt bei diesem bestimmten Produkt gespart haben.

Einer der wenigen verbliebenen privaten Lebensmittelkonzerne ist das Unternehmen Polar, das der Regierung spürbar ein Dorn im Auge ist. Denn regelmäßig droht der Präsident oder einer seiner Minister in Fernsehansprachen oder Zeitungskommentaren auch Polar mit der Verstaatlichung. Bisher ist es jedoch bei den Drohungen geblieben.

4.3 Verstaatlichungen

Die sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) und ihr Präsident Chavez entwickeln seit Jahren ihren so genannten „Sozialismus des 21. Jahrhun-

derts“. Zwar ist bis heute nicht ganz klar, worin genau sich diese Staatsform von den Versionen des 20. Jahrhunderts unterscheidet und wie diese Unterschiede zum Erfolg des Projekts beitragen können. Fest steht aber, dass die Verstaatlichungen erfolgreich wirtschaftender Betriebe eine wichtige Stellung in der Umsetzung des neuen Sozialismus einnimmt. Die Regierung hat angekündigt, bis 2013 die Umwandlung in eine Staatswirtschaft vollzogen zu haben.

Die wichtigsten betroffenen Industrien bisher sind die Erdölindustrie, die Energiebranche, die Telekommunikation, die Zement- und Stahlfabriken und die Lebensmittelindustrie. 350 Unternehmen sind seit 2007 von der neuen Wirtschaftspolitik betroffen, bei vielen anderen hat der Staat die Mehrheit der Anteile übernommen.

Damit die Verstaatlichungen nicht zu de facto Enteignungen werden, hat sich die venezolanische Regierung verpflichtet, den Voreigentümern eine Entschädigung für ihre verlorenen Anteile zu bezahlen. Im Fall der ausländischen Großkonzerne war das auch der Fall: der US-amerikanische Telefonriesen Verizon wurde für die Verstaatlichung des Telefonkonzerns CANTV entschädigt, die spanische Firma Repsol erhielt Geld als sie die Mehrheit an ihren Ölfeldern an den Staatskonzern PdVSA übergab.

Zahlt die Regierung gegenüber ausländischen Unternehmen anstandslos den ihnen zustehenden Betrag, sieht das bei den meisten venezolanischen Eigentümern, die ihre Betriebe an die Regierung übergeben müssen, ganz anders aus. Viele von ihnen warten bis heute auf die versprochene Entschädigung. Hinzu kommt, dass sich Investoren aus dem Ausland zunehmend davor scheuen, ihr Kapital in Venezuela zu investieren, da ihnen die Sicherheit fehlt, was mit ihren Investitionen passiert. Und venezolanische Investoren setzen ihr Geld nun lieber im Ausland ein, wo sie sich vor dem Wertverlust der Währung und der wirtschaftspolitischen Unsicherheit sicherer fühlen.

5. Sozialpolitik

5.1 Finanzierung aus den Öleinnahmen

Die Sozialpolitik ist einer der Schwerpunkte, die die sozialistische Regierung unter Präsident Chavez gesetzt hat. Groß angelegte Förderprogramme für die Menschen in extremer Armut haben dem Präsidenten schon zweimal die Wiederwahl gesichert und selbst nach 12 Jahren an der Regierung liegt seine Zustimmungsrate immer noch bei über 50 Prozent. Die Regierung kann sehr viel mehr Geld ausgeben als andere Regierungen, autoritäre Machtstrukturen sind entstanden. Die Steuern sind niedrig, weil die Minis-

terien nicht auf die Steuereinnahmen für ihre Haushalte angewiesen sind. Niedrige Steuern begünstigen die reiche Oberschicht, die Sozialprogramme kommen den Armen zugute.

Ein Großteil der staatlichen Sozialprogramme wird direkt aus dem Budget des Staatskonzerns PdVSA finanziert. Doch selbst hier gibt es inzwischen Schwierigkeiten: Das Rückgrat der venezolanischen Wirtschaftspolitik bog sich unter dem Druck der weltweiten Wirtschaftskrise: 2009 sanken die Nettogewinne um mehr als die Hälfte auf 4,4 Mrd. Dollar, der Umsatz sank um 41 Prozent auf 75 Mrd. Dollar. Allein 7 Mrd. Dollar müssten aber jedes Jahr im Orinoco-Delta von PdVSA investiert werden, um die dortige Förderung so anzukurbeln, dass die neue Ölförderregion das Land aus der Krise ziehen kann.

Anders als es diese Zahlen vermuten lassen könnten, ist die Anzahl der Mitarbeiter des venezolanischen Ölkonzerns seit 2002 stark gestiegen. Von den 40.000 Mitarbeitern wurden 20.000 nach dem Generalstreik entlassen und durch regierungsnähere Kräfte ersetzt, die gar nicht unbedingt vom Fach waren. Bis heute arbeitet das Unternehmen daran, das Wissen, das damals verloren ging, wieder aufzubauen. Heute hat PdVSA fast 100.000 Mitarbeiter. Das liegt aber nicht daran, dass die Ölproduktion jetzt mehr Arbeitskräfte benötigen würde, sondern vielmehr an neuen Aufgaben. Viele Mitarbeiter des Staatskonzerns arbeiten für die Sozialprogramme und deren Finanzierung.

Doch obwohl die Anzahl der Mitarbeiter der PdVSA in den vergangenen Jahren so stark gestiegen ist, sinkt die Ölproduktion. Deshalb konnte Venezuela gerade im wirtschaftlich schwierigen Jahr 2010 nicht so von den steigenden Ölpreisen profitieren, wie es für die Volkswirtschaft nötig gewesen wäre. Das Bruttoinlandsprodukt sank sogar noch mal um knapp zwei Prozent, da das Öl und die aus ihm produzierten Güter über 90 Prozent der Exporte ausmachen. Schon 2009 war das BIP um 3,3 Prozent geschrumpft.

Gleichzeitig fehlen dringend nötige Investitionen in die Infrastruktur, um die Ölförderung überhaupt auf demselben Niveau über die nächsten Jahre hinweg halten zu können. Nach Informationen von Ökonomen müssten mindestens 25 Prozent der Öleinnahmen in den Erhalt der riesigen Anlagen gesteckt werden, darüber hinaus wäre es nötig, neue zu bauen und auch diese Infrastruktur durch Investitionen zu erhalten. Doch die Priorität liegt im Sozialbereich.

5.2 Misiones

Die Misiones sind der wichtigste Teil der chavistischen Sozialpolitik. Die Mision Robinson engagiert sich für die Alphabetisierung der Venezolaner,

die Mision Ribas in der Erwachsenenbildung. Mit der Hochschulausbildung befasst sich die Mision Sucre.

Die Anzahl der Studenten und Hochschulabgänger ist stark gestiegen, seit es die boliviarischen Universitäten gibt. Im Bildungssystem ist so in den letzten Jahren eine komplette Infrastruktur parallel zu den bereits bestehenden Schulen und Universitäten entstanden, wo auch ideologischer Unterricht und Vorlesungen stattfinden. Die boliviarischen Universitäten der Regierung werden gut versorgt, während die öffentlichen Schulen und Unis nach Aussagen von Lehrern und Professoren sehr unter Geldmangel und Investitionsstau leiden. Größere Anschaffungen könnten sie schon lange nicht mehr machen, was unter anderem den privaten Schulen und Unis mehr Zulauf beschere.

Trotzdem steht fest, dass mehr Menschen als früher studieren. Und dass viele Venezolaner stolz darauf sind. Im Museum für moderne Kunst fragt die 48-jährige María, ob in Deutschland auch jeder arme Mensch umsonst studieren dürfte. Denn Chavez habe in Venezuela dafür gesorgt, dass so viel mehr Geld in die Bildung fließe als früher und so viele Menschen heute Lesen und Schreiben lernten, für die das früher undenkbar gewesen wäre. Er baue Schule für die Ärmsten, er sei das Beste, was ihnen habe passieren können.

Jeder könne umsonst alle Museen besuchen, so wie heute das Museum für moderne Kunst. Ein paar Künstler bemalen nackte Körper von schönen Menschen neben uns, drumherum stehen viele und schauen ihnen dabei zu. Das Bodypainting ist Teil des heutigen Programms, überall blitzen Kameras. María freut sich, denn ihr Mann ist einer der Künstler. „Ich möchte niemals in einem anderen Land leben, hier wird so viel für uns getan.“ Sogar im teuren Gesundheitssektor.

Die wichtigste Mision der venezolanischen Sozialisten nennt sich Barrio Adentro und sichert die medizinische Primärversorgung in den Armenvierteln, die Barrios genannt werden. Auch hier ist eine Parallelstruktur entstanden. Die öffentlichen Krankenhäuser sind hoffnungslos unterversorgt, mit Maschinen, mit Ärzten, mit Geld. Doch sie erhalten kein Geld oder zu wenig für die Sanierung. In den Armenvierteln dagegen entstehen die Medizinischen Zentren. Die Gesundheitsversorgung direkt dahin zu bringen, wo die Menschen sie am nötigsten brauchen, in die Armenviertel, das war die Idee. Sie hat funktioniert.

Die Erstversorgung von Wunden und Krankheiten der Armen hat sich dadurch in den letzten Jahren für die Venezolaner merklich verbessert. Viele Menschen, die vorher in ihrem Leben noch nie bei einem Arzt gewesen sind, weil sie die Untersuchung nicht hätten bezahlen können, werden nun umsonst versorgt. Viele kubanische Ärzte arbeiten für einige Jahre in Venezue-

la, es ist ein Programm, das die kubanische Regierung unterstützt. Im Austausch erhält Kuba Erdöl aus Venezuela.

Trotzdem müssen die wirklich schweren Fälle, wie Schusswunden und Stichverletzungen, die hier an der Tagesordnung sind, in die öffentlichen Krankenhäuser. Dort werden sie operiert, auch wenn vorher kein Röntgenbild gemacht wurde, weil das Gerät fehlt. Die Hygiene ist mangelhaft, es gibt Ärzte, die keinen Mundschutz tragen, sterile Geräte werden von unsterilen Händen angefasst, es gibt viele Infektionen, die sich vermeiden ließen. Aber die Leute haben andere Probleme.

Ärzte, die in öffentlichen Kliniken arbeiten, haben oft noch einen Nebenjob in einem Privatkrankenhaus, weil sie sich sonst nicht über Wasser halten könnten. Auch weil schon viele Medizinstudenten das Gefühl haben, dass die Unterversorgung der öffentlichen Häuser zugunsten der neuen Infrastruktur in den Barrios eher noch zunehmen wird, überlegen sie noch während des Studiums wohin sie auswandern können. Die Ausbildung der venezolanischen Ärzte ist im internationalen Vergleich sehr gut, weil sie besonders praxisnah ist. Sie verdienen in den USA oder Kanada ein Vielfaches von dem, was sie in Venezuela verdienen könnten und verlassen das Land. Es ist eine Art Braindrain, der dem Land auch in anderen akademischen Bereichen schadet, da die Ausbildungen der qualifizierten Arbeiter dann anderen Ländern zugute kommen und in Venezuela das Wissen fehlt.

5.3 Sozialpolitik im Wahlkampf

Anfang des 20. Jahrhunderts begann in Venezuela die Transformation vom Agrar- zum Ölstaat. Damals war der Diktator Perez Jimenez an der Macht. Schon zu seiner Regierungszeit war es üblich, dass ihm die Menschen in den Dörfern, in denen damals noch der Großteil der Bevölkerung lebte, Bilder von sich und ihrer Familie reichten. Auf der Rückseite hatten sie ihre Wünsche notiert: eine Kuh, eine neue Tür für die Scheune, ein neues Rad für die Kutsche. Diese Tradition hat sich in ähnlicher Form bis heute gehalten: Wenn Chavez während des Wahlkampfes durch die Armenviertel der Barrios zieht, hat er Geld dabei, das er verschenkt, Wassertanks, die sich die Menschen auf dem Dach installieren und ähnlich nützliche Dinge.

„Wer beim Wahlkampf in die Barrios geht, ohne etwas zu verschenken zu haben, kann sich den Besuch auch gleich schenken“, erklärt Diego Lombardi, Direktor des Instituts für Politik,- Ökonomie- und Sozialstatistik im Staat Zulia (IZEPES). Es gebe diese Mentalität, dass den Bürgern diese Geschen-

ke zustehen, ohne dass sie dafür etwas tun müssten. Und wenn sie nichts bekämen, würden sie sauer.

Doch die Menschen, die nichts geschenkt bekommen, verharren auf demselben Niveau wie vorher. Und die, die etwas geschenkt bekommen, haben ein etwas komfortableres Leben. Aber wer Geld geschenkt bekommt, gibt es aus, ohne dass sich an seinem Leben grundlegend etwas ändert. Wer einen Wassertank geschenkt bekommt, kann sich davon keinen neuen kaufen, wenn der alte kaputt geht. Im Prinzip bleibt alles, wie es ist. Am System ändert das alles nichts.

6. Beispielfall des Staates Zulia

6.1 Die Hauptstadt Maracaibo als Ursprung des Ölbooms

Grünliche Schlieren ziehen sich durch den Maracaibo-See, die Verschmutzung ist so deutlich, dass man sie sogar vom Flugzeug aus erkennt, kurz vor der Landung in der Hauptstadt des westlichsten Staates des Landes, Zulia. Heiß schlägt einem die Luft hier entgegen.

Der Ölboom nahm in Zulia seinen Anfang, auf der gegenüberliegenden Seite des Sees wurde 1914 in Mene Grande die erste Ölquelle des Landes entdeckt. Es folgten bald weitere, Dörfer entstanden für die Arbeiter, die vorher auf den Bauernhöfen in den umliegenden Bergen gearbeitet hatten, die Unternehmen bauten Schulen, Supermärkte, Krankenhäuser für ihre Leute. Aus den Dörfern wurden Städte, aus den Venezolanern wurden Ölexperten, viel Geld strömte ins Land.

Venezuela war auf einmal der größte Ölproduzent der Welt, der Export von Kaffee und Kakao wurde zunehmend unwichtiger. Maracaibo ist auch heute noch eine sehr reiche Stadt.

6.2 Costa Oriente del Lago

Die gegenüberliegende Seite des Sees nennt man in Maracaibo die Costa Oriente del Lago (Col). Hier haben viele Unternehmen ihren Sitz, die seit 2009 verstaatlicht worden sind, weil sie für wichtig genug für die Ölindustrie erachtet wurden. Ein ganzer Landstrich ist noch heute wie gelähmt von diesem plötzlichen Eingriff in die Besitzverhältnisse, einige der Unternehmer haben sich neue Aufgaben gesucht, andere versuchen jetzt mit der PdVSA ins Geschäft zu kommen.

Lucas Martinez ist einer von denen, die sich eine neue Aufgabe gesucht haben. Zum einen spricht er als Vorsitzender der Privatunternehmer auf

dieser östlichen Seite des Sees und zum anderen baut er heute Klimaanlage statt wie früher Boote zu organisieren, mit denen die Arbeiter und Manager auf die Ölplattformen fahren können. Früher, da kannte er hier jeden und jeder kannte ihn. Wenn jemand mitten in der Nacht mit einem Boot zu einer der Plattformen auf dem See fahren musste, etwa weil es einen Notfall gegeben hatte, konnte man sich auf Martinez verlassen. Heute, wo die Plattformen alle zum Staatskonzern gehören und jede Plattform ein eigenes Boot mit einem eigenen Kapitän hat, brauchen sie ihn nicht mehr.

Er ist einer der venezolanischen Unternehmer, deren Betrieb zwar offiziell verstaatlicht, de facto aber enteignet wurde, da er bis heute keine Entschädigung bekommen hat. „Die PdVSA kommt einfach und übernimmt alle wichtigen Unternehmen.“ Auch die anderen Unternehmer hier in der Gegend hätten nichts bekommen. Ein über 80-Jähriger, der seit er 13 war im Betrieb seiner Familie gearbeitet hatte, musste gehen als die Nationalpolizei Guardia Nacional auf einmal bewaffnet vor der Tür stand und ihn dazu aufforderte. „Was sollen wir denn machen? Uns ihnen entgegenstellen?“ sagt Martinez. Also gehen sie.

Wer versuche, von offizieller Seite jemanden zu finden, der sein Inventar beglaubigt, damit er auf dieser Grundlage später etwas zurückfordern könne, finde niemanden, so Martinez. Denn jeder Richter und Notar wüsste, dass er damit seine eigene Existenz aufs Spiel setzt. Also warten die Unternehmer auf Hilfe, die nicht kommt. Und der Staat wartet, bis drei Jahre vergangen sind. Denn wenn es bis dahin nicht zu einem Gerichtsprozess gekommen ist, gehen die Betriebe vollständig an den Staat. „Ich spüre eine ungläubliche Ohnmacht“, sagt Martinez enttäuscht.

Um herauszufinden, wie viele Menschen von dieser Verstaatlichungswelle betroffen sind, haben die Privatunternehmer eine Studie in Auftrag gegeben, die auf 8.000 Beschäftigte kommt, die direkt darunter zu leiden haben und 800.000 Arbeiter, die für Zulieferer oder deren Subunternehmen arbeiten und nun keine Aufträge mehr bekommen.

Das führt aber nicht nur zu mehr Arbeitslosigkeit in der Region, sondern auch zu einem wachsenden informellen Sektor, zu Schwarzarbeit und dem illegalen Verkauf auf der Straße. Einer von Martinez Arbeitern streicht auf dem Hof vor dem Firmengebäude ein Metallteil mit Rostschutzmittel ein. Er weiß noch nicht, ob er nächste Woche wieder einen Auftrag bekommt, hat zuhause Frau und Kinder zu versorgen, weiß aber im Moment nicht wie. „Auf dem Schwarzmarkt zu arbeiten, kommt für mich nicht in Frage“, sagt er. Das würden viele seiner Nachbarn machen. Schweißperlen stehen ihm auf der Stirn, er wischt sie mit dem Ärmel seines speckigen T-Shirts weg. Einen Ausweg sieht er nicht, eher die düstere Aussicht, dass

hier alles nur noch schlimmer wird, wenn sich die Ölindustrie langsam ins Orinoco-Delta bewegt.

6.3 Veränderungen der Einflussstrukturen

Schon an den Graffiti an den Wänden und Mauern von Maracaibo kann man beobachten, dass hier etwas anders ist, als in den anderen großen Städten des Landes: Der Staat Zulia und vor allem die Hauptstadt Maracaibo ist ein sehr wohlhabender Teil Venezuelas. Hier ist die Opposition stärker vertreten als in allen anderen Landesteilen. Also lauten die Slogans an den Wänden nicht, wie sonst: „Vamos con Chavez a la Asamblea“ (Lasst uns mit Chavez ins Parlament einziehen), sondern in vielen Fällen schlicht und einfach „No. No. No.“ Als Wahlempfehlung, als Zeichen der Ablehnung der aktuellen Politik, als Ausdruck der Unzufriedenheit mit den Entscheidungen der Regierung.

In der Camara Petrolera, der Handelskammer für Ölunternehmen, sprechen der Präsident Erwin Lingg und sein Verwaltungsdirektor Fernando Delgado über die neuen Machtstrukturen in der Ölindustrie. „In Zulia fehlen die Investitionen, die jetzt zunehmend dem Osten des Landes zugute kommen“, sagt Lingg. Zulia spiele aber immer noch die entscheidende Rolle, 60 Prozent des Öls werde hier gefördert, 40 Prozent im Osten des Landes. Diese Aufteilung wird sich in den nächsten Jahren umkehren, da ist er sich sicher. Denn im Orinoco-Becken werde vor allem Schweröl gefunden, davon gebe es hier zwar auch ein bisschen, aber in Maracaibo müsste inzwischen Gas in viele Ölquellen gepumpt werden, um den Druck zu erhöhen, mit dem der Rohstoff aus der Erde kommt.

Die Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland und Italien seien noch aktiv hier mit den großen Konzernen wie Total, Chevron, Texaco und Exxon Mobile, so Lingg. BP hingegen habe sehr unter der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko gelitten, das spüren sie auch hier.

„Grundlegend geändert hat sich der Einfluss, den China auf Venezuela nimmt“, meint Lingg. China erhalte sein Öl zu einem sehr niedrigen Preis in gigantischen Mengen. Chinesische Unternehmen seien in großem Stil in die venezolanische Wirtschaft eingestiegen, mittlerweile kämen auch immer mehr iranische Delegationen zu Besuch.

Das größte Problem sehen Lingg und Delgado für die privaten Ölunternehmen darin, dass sie ihre Fördermengen an den Staat verkaufen müssten, der es dann geostrategisch über die Welt verteile. Doch der Staat sei nicht der beste Abnehmer, den man sich wünschen könne. „Manchmal dauert es 30 bis 50 Tage bis gezahlt wird, den Unternehmen fehlt es an Liquidität“, erklärt Lingg. Denn auch in dieser Zeit müsste das Geschäft ja weiterlaufen, müssten Gehälter und Mieten gezahlt werden.

Laut einer vorläufigen Studie der Beratungsgesellschaft KPMG stünden für die 77 im vergangenen Jahr verstaatlichten Ölonternehmen noch insgesamt 25 Millionen Dollar an Entschädigungszahlungen aus. Währenddessen werde im Parlament in Caracas schon am nächsten Verstaatlichungsgesetz gearbeitet, das vorsehe, dem Staat noch mehr Rechte zuzusprechen, um Öl-Unternehmen zu verstaatlichen. Es laufe unter dem vorläufigen Titel „Ley de control de servicios petroleros“.

Wenn es einmal zu einer Verstaatlichung komme, dürften die Firmeninhaber nichts mitnehmen und danach ihr eigenes Unternehmen nicht mehr betreten.

Mehr Öleinnahmen oder eine größere Fördermenge gingen mit den Verstaatlichungen aber nicht einher, im Gegenteil. „Mit besserer Technologie und viermal so vielen Beschäftigten wie vor der Verstaatlichung produziert der Staatskonzern PdVSA nur noch halb so viel Öl wie vorher“, so Lingg. „Das ist hochgradig ineffizient.“

Oft hätten gerade die Unternehmer und Manager, die sich über Jahrzehnte hinweg eine unbezahlbare Expertise angeeignet hätten, heute nichts mehr zu sagen. „Und das Bildungsniveau steigt nicht gleichzeitig, die Ausbildung unserer Experten ist nicht an die Entwicklungen in der Industrie angepasst worden“ meint Lingg.

Die Länder, die heute Einfluss nehmen könnten in Venezuela wie Vietnam oder Weißrussland zum Beispiel, würden kein vergleichbares Wissen mitbringen, um das auszugleichen. „Leider sind wir ein apathisches Volk“, sagt Lingg, sonst wäre das schon längst viel mehr Menschen klar geworden und sie würden Veränderungen fordern.

7. Gesellschaftliche Auswirkungen

7.1 Mentalität

Die so genannte Rentenökonomie macht Länder wie Venezuela träge. Denn sie lebt von dem Geld, das das Ausland für Dinge zahlt, die nicht produktiv im Land erwirtschaftet wurden. Und sie weiß, dass sie sich noch auf Jahre hinaus auf konstante Öl-Einnahmen verlassen kann. So lange Volkswirtschaften wie China ihren gigantischen Energiehunger nicht gestillt haben, könnte es noch Jahrzehnte so weitergehen.

Die Menschen erwarten viel vom Staat: Dass der ihre Probleme löst, ihnen hilft, ihnen Geld gibt. Denn das tut er seit er über die enormen Öleinnahmen verfügt. Die Lebenseinstellung lässt sich eher als „Wir haben es nicht nötig“ denn als „Wir müssen dringend etwas ändern“ beschreiben, trotz der teilweise katastrophalen Zustände, in denen zum Beispiel die arme Bevölkerung in den Barrios in Caracas lebt.

Julio Perez arbeitet in der Hauptstadt für das Jugendministerium, er ist selbst Anhänger von Chavez und in der sozialistischen Partei aktiv. Er ist der Meinung, dass die Menschen, die in Venezuela in großer Armut leben, selbst etwas dafür tun müssten, damit das besser wird. „Es ist eine Mentalitätsfrage“, sagt Romero. Man müsse nicht im Dreck leben, man könne sich für Sauberkeit entscheiden, das würde aber Arbeit machen, die viele Menschen scheuten. Auch hungern müsse hier niemand. Es gebe subventioniertes Essen und Coupons zu genüge für die Bedürftigen, die Regierung Chavez habe viel dafür getan, dass die extreme Armut im Land abgenommen habe.

Trotzdem gibt es immer noch viele, die sich keine eigene Wohnung leisten können oder keine bezahlbare finden, die Wohnungsnot ist groß. Deshalb werden auch leer stehende Häuser besetzt. Eines der besetzten Häuser in Caracas ist das dritthöchste Gebäude des Landes. Hier sollten mal eine Bank, ein Hotel und ein Parkhaus entstehen, eine Seite ist sogar schon mit Fenstern versehen worden, lange hätte es wahrscheinlich nicht mehr gedauert, das Haus fertigzustellen. Doch dann verschwanden die Investoren und das Gebäude stand 13 Jahre lang leer.

200 Familien zogen hier vor zwei Jahren ein, heute sind es über 742 Familien und nahezu 3.529 Personen, die sich in den Zimmern eingerichtet haben. Ein bestialischer Gestank schlägt jedem entgegen, der sich weiter ins Gebäudeinnere bewegt, im Keller modern Wasser und Müll vor sich hin. Funktionierende Wasserleitungen gibt es kaum, viele Wohnungen bekommen nur, was sie hier „agua negra“ (schwarzes Wasser) nennen.

Die Armut ist mit Händen zu greifen. Einige haben sich mit dem Verkauf von Lebensmitteln in ihren Mini-Wohnungen eine Existenzgrundlage geschaffen, da wohnt dann in einem Zimmer die Uroma, die Oma und der Opa, die Tochter mit ihrem Mann und dem Kind, nebenan im Zimmer die andere Schwester mit ihrem Mann und den zwei Kindern und der größte Teil des Platzes ist voll mit Lebensmitteln für den Verkauf. Ständig laufen Kinder rein und raus, die für ihre Familien etwas zu essen oder zu trinken kaufen, es ist bequemer, als zum nächsten Supermarkt zu gehen. Und ungefährlicher.

Die Regierung hilft ihnen nicht, es wird kein Geld investiert. Die Unterstützung besteht darin, dass sie die Menschen nicht aus dem riesigen Gebäudekomplex vertreibt. Im nie fertiggestellten Parkhaus werden die wenigen Autos bewacht und repariert, die sich ein paar der Bewohner leisten können, die meisten sind aber zu Fuß unterwegs.

Das andere Extrem zeigt sich in anderen Teilen der Stadt, in denen man die deutlich verbesserte Einkommenssituation vieler Venezolaner an den weit verbreiteten Blackberries beobachten kann. Die großen Smartphones tragen die Menschen vor allem in der Hauptstadt stolz vor sich her. Das führt zu Situationen, wie der folgenden, die eine neue Mentalität der

Menschen sehr treffend beschreibt: Ein Gärtner, der in einem sehr wohlhabenden Haushalt als Angestellter arbeitet, um sich um all die Pflanzen des riesigen Penthouses zu kümmern, kauft sich ein Blackberry. Die Frau seines Arbeitgebers sieht ihn, als er damit seine Mails verschickt und schimpft: „Wie kannst Du nur so viel Geld für so ein Telefon ausgeben? Das sind doch mindestens vier Monatsgehälter!“ Am nächsten Tag geht der Gärtner zu seinem Chef und empört sich: „Deine Frau will nicht, dass ich glücklich bin.“

Sein Glück war sein neuer Status als Blackberry-Besitzer – so erzählt es sein Chef. Mit dem Telefon konnte er mit dem Auftraggeber auf einer Ebene kommunizieren, er fühlte sich ihm ebenbürtig. Die Aufregung der Frau seines Arbeitgebers verstand er als Angriff auf diesen neuen Status, als habe er ihn nicht verdient. Was früher die Nike-Turnschuhe oder die Satellitenschüssel auf dem Dach waren, sind heute die Blackberries.

Das beschreibt jedoch nur einen kleinen Teilaspekt einer großflächigeren Entwicklung im Land. Tatsächlich hat sich der Abstand zwischen Arm und Reich im Land deutlich verringert, seit die Sozialisten an der Macht sind, was unter anderem daran liegt, dass das assistenzialistische Sozialsystem den Ärmsten Geld geschenkt hat, was ihre Einkommenslage schlagartig verbesserte. Zwar ist das keine Strategie, die ewig fortgeführt werden kann, da die Menschen so auf die Almosen angewiesen sind und sie dadurch nicht gezwungen werden, an ihrer Situation selbst etwas zu ändern. Aber der Lebensstandard ist für die Bedürftigsten gestiegen, das haben sogar die Vereinten Nationen anerkannt.

7.2 Steigende Kriminalität

Doch obwohl die Armut weiter sinkt, steigt die Kriminalität. Wer in Venezuela lebt, muss die Gefahr überfallen und ausgeraubt zu werden, verdrängen. Jeden Tag, jede Minute auf der Straße, in der Öffentlichkeit. Die Hauptstadt Caracas ist besonders gefährlich. Hier, wo jeden Tag die letzte Seite der Zeitung „El Universal“ für die Toten und Ermordeten des vorigen Tages reserviert ist, wo steht, wie viele erschossen, erstochen, ausgeraubt und umgebracht wurden, in Bandenkriegen, bei Raubüberfällen, bei Einbrüchen.

Zwischen 30 und 50 Tote liefert die Polizei jedes Wochenende in das einzige Leichenschauhaus der Stadt. Offizielle Zahlen über die Anzahl der Morde veröffentlicht die Regierung nicht mehr, also zählen inoffizielle Beobachter die Toten, wenn sie ankommen.

Dass die Kriminalität gestiegen ist, seit Präsident Chavez das Land regiert, steht fest. Über die Frage, warum das so ist, lassen sich jedoch nur

Vermutungen anstellen, viele Venezolaner haben dazu ihre ganz eigenen Theorien entwickelt. Eine macht die Korruption bei der Polizei für das gestiegene Ausmaß an Gewaltverbrechen verantwortlich. Viele Polizisten würden sich nebenbei noch Geld dazu verdienen, indem sie Bestechungsgelder von Verhafteten akzeptieren, die sich so wieder aus dem Gefängnis freikaufen können, sofern sie überhaupt jemals gefasst werden. Das meint ein Ingenieur, der auch lange in Deutschland gelebt hat, und sich nach seiner Rückkehr erschrocken hat, wie viel schlimmer die Situation geworden ist.

Nur selten erstatten die Opfer von Überfällen Anzeige bei der Polizei. Touristen, die überfallen worden sind, und sich danach nicht an die Deutsche Botschaft wenden, haben oft ein Problem, sich mit der spanischsprechenden Polizei zu verständigen. Hinzu kommt, dass manche sogar bezahlen müssen, um eine Anzeige aufzugeben, auch wenn sie gerade ausgeraubt wurden und ihnen die Diebe sämtliches Bargeld geklaut haben.

Venezolanische Opfer von Überfällen berichten, dass sie ihre komplette Adresse und weitere Kontaktdaten angeben müssen, wenn sie Anzeige erstatten. Sollte es dann tatsächlich zu einem Strafprozess mit einer Verurteilung kommen, würden diese persönlichen Angaben öffentlich gemacht, so dass sie mehr Angst vor der Rache der Familie und den Freunden des Täters hätten als dass es ihnen wichtig ist, dass die Polizei überhaupt ermittelt.

Es gibt auch Venezolaner, die glauben, dass mit den Tätern milder umgegangen würde, wenn sie arm sind und jemanden überfallen haben, der reich ist, weil das langfristig zu einer gleichmäßigeren Verteilung des Reichtums führen würde. Diese Theorie weisen die Anhänger der sozialistischen Partei weit von sich, doch auch sie machen sich natürlich Gedanken darüber, warum ihr Land immer unsicherer wird und welche Ausmaße diese Entwicklung in der Zukunft annehmen wird.

Die noch immer wenig entwickelte Tourismusindustrie im Land leidet unter dem Ruf, den die Besucher in die Welt tragen, die solche Erfahrungen aus Venezuela mitnehmen. Die Preise für Unterkünfte, sogar für die einfachsten Hotels, sind besonders in der Hauptstadt Caracas sehr hoch, Essen und organisierte Touren sind teurer als in allen anderen südamerikanischen Ländern, wenn die Touristen ihr Geld zum offiziellen Kurs umtauschen.

7.3 Neues Machtgefüge

Als der Putsch, um Chavez zu stürzen, im Jahr 2002 scheiterte, verließen viele der Reichen, der ehemaligen Eliten, das Land. Heute regiert eine andere Gruppe von Menschen und sitzt in den entscheidenden Positionen, es hat ein kompletter Austausch der einflussreichen Gesellschaftsschicht statt-

gefunden. Viele der Armen haben das Gefühl, dass zum ersten Mal eine Regierung an der Macht ist, die sich für ihre Probleme interessiert, auch wenn man sich über die Wege, wie sie diese Probleme bekämpft, lange streiten kann. Doch die Zustimmungsraten für Chavez sind auch nach so vielen Jahren an der Regierung überdurchschnittlich hoch.

Er hat einen Weg der Ansprache gefunden, den die Menschen schätzen und verstehen, sie haben das Gefühl, er würde direkt mit ihnen kommunizieren, wenn er in ihre Dörfer reist und von dort aus in seiner sonntäglichen Sendung „Aló presidente“ die Ansprache ans Volk hält. Wenn er dort von neuen Enteignungen großer Firmen berichtet und sie mit sozialer Gerechtigkeit begründet. Er würde den Venezolanern zurückgeben, was ihnen rechtmäßig zusteht und was seine Vorgänger ihnen nur jahrzehntelang vorenthalten hätten, um sich selbst zu bereichern. Die Aufkleber der Regierung tragen den Spruch: „Venezuela, ahora es de todos“ (Venezuela, jetzt gehört es allen).

Da sich die Macht jedoch in den Händen der sozialistischen Partei konzentriert, sind autoritäre Strukturen entstanden, die die Institutionen schwächen. Die Tendenz zum Kontrollstaat ist klar erkennbar und macht selbst vor den ausländischen Stiftungen nicht halt. Wenn sie sich kritisch gegenüber der Regierung äußern, haben sie ein Problem, denn dann kann es passieren, dass sie keine Unterstützungsgelder aus ihren Heimatländern mehr annehmen dürfen.

Die starke Kontrolle gegenüber der Presse und Kritikern nimmt zu, gleichzeitig ist die Korruption ein großes Problem. Wie bereits im Zusammenhang mit der steigenden Kriminalität beschrieben, führt Korruption bei der Polizei dazu, dass ein großer Teil der im Land verübten Straftaten gar nicht erst verfolgt werden. Nicht zu übersehen sind ständige Straßensperren, auf Landstraßen und in der Stadt, an denen jedes Auto angehalten wird, um die Papiere zu kontrollieren. Wer Pech hat, steht hier eine Stunde im künstlich verursachten Stau. Viele fahren deshalb an den wartenden Autos vorbei zu den Sicherheitskräften mit ihren Maschinengewehren, die über den Schultern baumeln und bis in die Kniekehlen hängen. Sie zahlen so viel wie verlangt wird und dürfen passieren. In Caracas werden Autos aus fadenscheinigen Gründen angehalten („Sie haben die Hand aus dem Fenster gehalten“) und der Fahrer muss seine Papiere abgeben. Dann fragt einer der Polizisten, wie viel Geld er dabei hat. Genau in der Höhe verlangt er dann ein Bußgeld, das sofort gezahlt werden muss, damit die Papiere zurückgegeben werden.

Natürlich sind das nur Bagatellen, die wirklich großen Korruptionsfälle des Landes sind weniger offensichtlich, schaden der wenig transparenten Volkswirtschaft aber umso mehr.

8. Alternativen

8.1 Norwegen als funktionierende Ölökonomie

Norwegen fördert mit 2,4 Mio. Barrel Öl pro Tag etwas weniger als Venezuela, ist jedoch auch ein sehr viel kleineres Land mit einer ungleich kleineren Bevölkerung. Zählt Venezuela mittlerweile geschätzte 30 Millionen Einwohner, knapp 32 Einwohner pro Quadratkilometer, Tendenz stark steigend, leben in Norwegen nur fünf Millionen Menschen, 15 Einwohner pro Quadratkilometer.

Als in Norwegen das erste Öl gefunden wurde, standen natürlich auch dort gleich die transnationalen Konzerne vor der Tür und wollten ihren Teil mitverdienen – so wie in allen anderen Ölnationen auch. Doch die Norweger erbaten sich eine Bedenkzeit, sie wollten zunächst selbst ihre Vorkommen erforschen, eigene Expertise in den Hochschulen und Unternehmen entwickeln. Also sagten sie den ausländischen Unternehmen, sie würden sich wieder bei ihnen melden, sobald sie soweit seien, mit ihnen Geschäfte zu machen.

Diese Möglichkeit hatte Venezuela gar nicht. Denn die unterentwickelte Agrarnation, die 1914 im Staat Zulia auf Öl stieß, hätte mit ihrer eigenen Industrie bei der Förderung oder Nutzung nicht viel ausrichten können. Auch fehlte es im Bildungssystem an Möglichkeiten der Ausbildung eigener Experten.

Darüber hinaus war Norwegen auch in jeder anderen Hinsicht bereits viel weiter entwickelt, es musste nicht das Sozialsystem erst aufgebaut werden und ein gesellschaftlicher Konsens darüber gefunden werden, dass es mehr Sinn machen würde die Öleinnahmen in einem Fonds anzulegen, anstatt sie für den Konsum gleich wieder auszugeben. Die Infrastruktur war vorhanden, es existierte eine produktive Industrie, von all dem war Venezuela in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts noch weit entfernt.

Norwegen hatte also in fast jeder Hinsicht einen Vorteil gegenüber der venezolanischen Volkswirtschaft, um mit dem plötzlichen Ölreichtum umzugehen. Und doch könnte das Land heute als Vorbild dienen, wenn dem nicht ideologische Barrieren im Weg stünden: In Norwegen gibt es beispielsweise im Gegensatz zu Venezuela nur ein sehr eingeschränktes Zugriffsrecht auf den Fonds für die makroökonomische Entwicklung und die Verwendung der Gelder ist deutlich transparenter. Jedes Jahr dürfen lediglich vier Prozent des angesammelten Vermögens ausgeschüttet und für den Haushalt zur Verfügung gestellt werden. Der Rest wächst über die Zinsen weiter an. Mittlerweile hat Norwegen so ein Ölvermögen von 2.385 Milliarden norwegischen Kronen (305 Mrd. Euro) angesammelt, die Renten für die Einwohner sind auf Jahrzehnte gesichert.

Es könnte ein entscheidender Schritt für die Venezolaner sein, den für die Volkswirtschaft in so großen Mengen eher schädlichen Effekt eines Zuflusses an ausländischen Devisen ins Land zu isolieren und gleichzeitig in einem Fonds, der nur in sehr begrenztem Maße angetastet werden darf, Geld für schlechtere Zeiten zu sammeln.

8.2 Diversifizierung der Wirtschaft

So lange die Importe aus anderen Ländern aufgrund der Währungspolitik so billig sind, wird sich an der einseitigen Orientierung der Wirtschaft an der Ölförderung voraussichtlich nichts ändern. Dabei wäre das die entscheidende Chance des Landes: sich erstens mit einer vielfältigeren Wirtschaftsstruktur unabhängiger zu machen von den Preisschwankungen des Ölpreises am Weltmarkt und zweitens mehr Arbeitsplätze für die eigene Bevölkerung zu schaffen, denn die Ölindustrie ist traditionell eine sehr arbeitsarme. Es braucht nicht viele Menschen, um die Raffinerien und Ölplattformen zu betreiben.

Eine vielfältigere Wirtschaftsstruktur könnte auch bereits heute den Grundstein legen für ein Zeitalter nach dem Öl, wenn entweder die Ressourcen erschöpft sind, oder die technologisierte Welt Wege gefunden hat, sich unabhängig von diesem Rohstoff zu machen. Zwar werden dann wahrscheinlich immer noch Plastiktüten aus Ölprodukten hergestellt, aber die Menge der weltweit benötigten Barrel wird möglicherweise schon in wenigen Jahrzehnten spürbar sinken. Im Gegensatz zur heutigen Wirtschaftsstruktur sind die Erfindungen der Ingenieure von morgen schwer planbar.

Wenn beispielsweise das Handwerk, wie in Venezuela, aufgrund des Währungsungleichens ständig künstlich teurer verkauft werden muss, als die ausländische Konkurrenz, schrumpft es immer weiter zusammen und verschwindet irgendwann ganz. Dasselbe gilt für die inländische Lebensmittelproduktion.

Dabei ist das tropische Klima in Äquatornähe geradezu perfekt für den landwirtschaftlichen Anbau, es könnte mehrmals im Jahr geerntet werden und beispielsweise die Früchte in die ganze Welt exportiert werden. Stattdessen werden Landwirte enteignet, ihre Länder und Felder verstaatlicht, um die Staatsversorgung zu gewährleisten. Und trotzdem werden nur noch unter 10 Prozent der verstaatlichten Flächen landwirtschaftlich genutzt, der Rest liegt brach.

Riesige Gewächshäuser mit großen Plakaten davor, die eine steigende Produktion des sozialistischen Gemüses verkünden, suggerieren etwas an-

deres. Stolz schreitet der Präsident für seine sonntägliche Sendung „Aló presidente“ mit seinen Anhängern, alle in roten T-Shirts, durch die langen Gänge, in denen fein säuberlich aufgereiht neue Tomaten sprießen, auch schön rot. Er befragt ausgewählte Arbeiterinnen, scherzt mit ihnen, macht Komplimente und nimmt sie in den Arm, so dass sie kichern und rot werden vor den Kameras, die alles landesweit übertragen. Er sieht ihre gelben Gummistiefel und fragt sofort nach einem Paar für sich, die selbstverständlich schon jemand hinter ihm bereithält und die er sich gleich anzieht, mit tatkräftiger Unterstützung aller Umstehenden.

Es ist die Marketingmaschine der sozialistischen Regierung, die es schafft, viele der Defizite einer einseitigen Wirtschaftsstruktur zu übertünchen und von der Notwendigkeit der Diversifizierung abzulenken. Doch ist dadurch keines der Probleme, in denen das Land wirklich steckt, gelöst.

9. Fazit

Die venezolanische Wirtschaft ist in den nunmehr 12 Jahren, die Hugo Chavez das Land regiert, oft stärker gewachsen als die der anderen südamerikanischen Länder. Darauf hatte der steigende Ölpreis einen großen Einfluss. Auch in den kommenden Jahren ist anzunehmen, dass er zumindest nicht drastisch sinken und die venezolanische Wirtschaftsplanung einigermaßen stabil halten wird.

Darüber hinaus wurde etwa die Hälfte der Menschen, die vor 1998 in extremer Armut lebten, daraus befreit. Auch die Zahl der armen Menschen konnte um etwa 40 Prozent reduziert werden. Das hat dazu geführt, dass auch die Ungleichheit im Land zwischen armen und reichen Menschen merklich gesunken ist. Trotzdem gilt immer noch etwa ein Drittel der Venezolaner als arm.

Die Frage ist: Wie nachhaltig wurde den Menschen geholfen? Die Sozialausgaben pro Person haben sich zwischen 1998 und 2006 verdreifacht. Etwa doppelt so viele Menschen besuchen heute eine Universität. Die medizinische Versorgung für arme Menschen ist besser als früher, viele haben zum ersten Mal in ihrem Leben einen Arzt gesehen, weil sie den Besuch nicht bezahlen mussten.

Kritiker bemängeln jedoch, dass sowohl im Bildungs- als auch im Gesundheitssystem Parallelstrukturen entstanden sind, die es zwar vielen Menschen ermöglichen, eine Universität oder einen Arzt zu besuchen. Dass darunter aber die öffentlichen Unis und Krankenhäuser leiden würden, da sie keine Unterstützung mehr erhalten und sowohl das akademische als auch das medizinische Personal ins Ausland abwandert.

Auch gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, wie hoch die Qualität der medizinischen Versorgung und der Universitätsausbildung eingeschätzt werden kann. Fakt ist jedoch, dass es für ein Land wie Venezuela, in dem immer noch zu viele Menschen leben, die nicht Lesen und Schreiben können oder zu selten zum Arzt gehen, weil sie nicht genug verdienen, ein großer Fortschritt ist, wenn sich daran etwas ändert.

Aber ob der Sozialismus der richtige Weg für dieses Land ist, um den Menschen langfristig einen besseren Lebensstandard zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft aufrecht zu erhalten, ist fraglich. Denn bekannte Vordenker des Sozialismus des 21. Jahrhunderts fordern dafür die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die zumindest noch nicht in ausreichendem Maße vorhanden zu sein scheinen.

So gilt eine Gesellschaft der Gleichheit als eines der sozialistischen Ideale, in der sich die Menschen zuerst als Teil der Gemeinschaft und erst dann als Individuen verstehen. In der Konsumismus verurteilt wird und das Streben nach Reichtum im Gegensatz zum Kapitalismus nicht das Ziel der Arbeit sein sollte. Die venezolanische Realität ist jedoch ein ausgeprägter Individualismus und ein großes Interesse am eigenen Fortkommen und Wohlstand, bevor die Mitmenschen ins Auge gefasst werden. Auch deshalb gilt die Korruption als so ausgeprägt und ist ein so großes Hemmnis für Wachstum und Sicherheit im Land.

Darüber hinaus zeigt sich in vielen verstaatlichten Unternehmen ein ausgeprägtes Maß an Ineffizienz, zumindest nach Aussagen von Wirtschaftswissenschaftlern und den Vorbesitzern der Unternehmen. Beispielhaft dafür steht der staatliche Ölkonzern PdVSA, in dem sich die Anzahl der Mitarbeiter seit 2002 mehr als verdoppelt hat, jedoch nicht ansatzweise entsprechend mehr Öl gefördert wird. Im Gegenteil, im Jahr 2009 sank die Ölproduktion sogar im Vergleich zu den Vorjahren. Zugespitzt könnte man es so formulieren: In dieser Form des Sozialismus hat jeder einen Job und keiner etwas zu tun.

Die Inflation und die Wechselkursproblematik machen es ausländischen Unternehmen schwer, ihre Geschäfte in Venezuela aufrecht zu erhalten. Viele bleiben nur, um ihre Marktposition nicht aufgeben zu müssen, fahren die Investitionen jedoch auf ein Minimum herunter und haben tagtäglich genug damit zu tun, alle neuen Vorschriften und Gesetze zu befolgen.

Schon zu Beginn der Ölförderung Anfang des vergangenen Jahrhunderts haben Wissenschaftler nachhaltigere Investitionen der Öleinnahmen gefordert, die Notwendigkeit gesehen, andere Industriezweige zu stärken, statt sie durch die Dominanz des Öls dauerhaft zu schwächen und die Ausgaben für den Konsum zu begrenzen. An den Anforderungen hat sich bis heute nicht viel geändert, am Ausgabeverhalten der Regierungen jedoch auch

nicht. Der venezolanische Effekt bzw. die holländische Krankheit wird sich hier auch weiterhin gut beobachten lassen. Das Nachsehen haben die Venezolaner selbst.

Norwegen gilt als einziges Beispiel für ein Land mit einem großen Vorkommen an Bodenschätzen, das es jedoch trotzdem schafft, mit einer Wirtschafts- und Finanzpolitik den Lebensstandard der Bevölkerung dauerhaft auf einem hohen Niveau zu halten. Der Professor und Vorsitzende des Verbandes der privaten Ölonternehmer, Luis Xavier Grisanti, fasst es folgendermaßen zusammen: „Der wirtschaftliche Erfolg Venezuelas wird davon abhängen, ob die Politik langfristig die überbewertete Währung in den Griff bekommt und die handelbaren Güter weder stärken kann. Die letzten 40 Jahre ist das jedenfalls gründlich misslungen.“

Nachwort

Ich danke den Mitarbeitern der Deutschen Botschaft in Caracas für ihre Unterstützung bei der Recherche. Mein besonderer Dank gilt dem Botschafter Georg Clemens Dick, einem großen Kenner des Landes und wichtigen Gesprächspartner. Sehr hilfreich war auch der deutsche Honorarkonsul in Maracaibo, Emil Hermann, bei der Suche nach interessanten Interviews.

Leider bin ich selbst während der Recherche Opfer eines Raubüberfalls geworden, habe also hautnah erfahren, was es heißt, in so einem gefährlichen Land wie Venezuela zu leben. Die Menschen, die mir direkt nach dem Überfall und in den Wochen danach zur Seite standen, haben es möglich gemacht, dieses sehr interessante Projekt trotzdem noch zu einem guten Ende zu führen.